



Forschung geht uns alle an: BUND, DNR und NABU fordern nachhaltige Wissenschaftspolitik

Forschung geht uns alle an: BUND, DNR und NABU fordern nachhaltige Wissenschaftspolitik
Berlin - Der Deutsche Naturschutzring (DNR), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Naturschutzbund (NABU) fordern mehr Transparenz und Nachhaltigkeit in der Forschungspolitik. Anlässlich der heutigen Tagung "Partizipation und Transparenz in der Wissenschafts- und Forschungspolitik" in Berlin legten die Verbände zum ersten Mal einen gemeinsamen Forderungskatalog an die Wissenschafts- und Forschungspolitik in Deutschland vor. Dieser Zehn-Punkte-Katalog wurde mit Verbänden aus der Entwicklungszusammenarbeit und dem kirchlichen Umfeld sowie Vertretern der Studentenschaft entwickelt, die sich zum Bündnis "Forschungswende" zusammengeschlossen haben. Ziel ist es, eine transparentere Forschungspolitik in Deutschland voranzubringen. Jedes Jahr gibt die Bundesregierung rund 14 Milliarden Euro zur Förderung von Forschungsprojekten aus. Diese Forschungsprogramme dienen vor allem wirtschaftlichen Interessen. Eine Beteiligung der Zivilgesellschaft, die für eine transparente und nachhaltige Wissenschaftspolitik erforderlich wäre, fehlt bislang. DNR-Präsident Hartmut Vogtmann: "Natur- und Sozialwissenschaften müssen stärker zusammenarbeiten, um gesellschaftliche Zukunftsthemen zu erforschen. Wir fordern von den Wissenschaftsministerien eine faire Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Formulierung von Forschungsprogrammen." Hubert Weiger, BUND-Vorsitzender: "Bei vielen Fragen der Energie-, Agrar- und Mobilitätswende fehlt ein breiter gesellschaftlicher Konsens. Außerdem werden Risiken und Kosten bestimmter Technologien, wie zum Beispiel der Kernfusion, oft ausgeblendet. Die Bundesregierung und das Forschungsministerium müssen ein öffentliches Wissenschaftsforum einrichten, in dem solche Fragen verhandelt werden können." NABU-Präsident Olaf Tschimpke: "Wir brauchen transparente Prozesse bei der Auswahl der Inhalte und mehr Geld für soziale Forschungsansätze. Nur ein gut finanziertes Wissenschaftssystem kann innovative und überraschende Ideen für eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung bereitstellen. Die Zivilgesellschaft wird so zukünftig zu einem Bündnispartner der Wissenschaft." Die vollständigen Forderungen des Bündnisses und die aktuelle Liste der Unterzeichner finden Sie unter: www.dnr.de/aktuell/wissenschaftspolitik
Für Rückfragen: DNR: Helmut Röscheisen, DNR-Generalsekretär, E-Mail: helmut.roescheisen@dnr.de, Tel. 030-6781775-70, mobil: 0160-97209108
BUND: Olaf Bandt, BUND-Bundesgeschäftsführer, E-Mail: olaf.bandt@bund.net, Tel. 030-27586-432
NABU: Kathrin Klinkusch, NABU-Pressesprecherin, E-Mail: Kathrin.Klinkusch@NABU.de, Tel. 030-284984-1510

Pressekontakt

NABU - Naturschutzbund Deutschland

10117 Berlin

helmut.roescheisen@dnr.de, Tel. 030-6781775-70, mobil: 0160-97209108

Firmenkontakt

NABU - Naturschutzbund Deutschland

10117 Berlin

helmut.roescheisen@dnr.de, Tel. 030-6781775-70, mobil: 0160-97209108

Der Naturschutzbund Deutschland e.V. - NABU - möchte Menschen dafür begeistern, sich durch gemeinschaftliches Handeln für die Natur einzusetzen. Wir wollen, dass auch kommende Generationen eine Erde vorfinden, die lebenswert ist, die über eine große Vielfalt an Lebensräumen und Arten, sowie über gute Luft, sauberes Wasser, gesunde Böden und ein Höchstmaß an endlichen Ressourcen verfügt. Mehr als 390.000 NABU-Mitglieder setzen sich für die Natur ein - als aktive Umweltschützer oder engagierte Förderer. Sie sind in rund 1.500 lokalen Kreisverbänden und Ortsgruppen in ganz Deutschland organisiert und vornehmlich ehrenamtlich tätig.